



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG
Amt für Information

Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 22 76-58
Fax (07 11) 2 22 76-81

Pressemitteilung

21. November 2005

Sparvorhaben ohne Alternative

Landeskirchliches Parlament diskutiert über geplante Immobilienverkäufe

Stuttgart. Wenn die Synode Entscheidungen, weil sie unangenehm seien, verschiebe, würden die finanziellen Probleme der Evangelischen Landeskirche in Württemberg nur noch größer. Das wies der Finanzchef der Landeskirche, Dr. Martin Kastrup, den landeskirchlichen Abgeordneten in seiner Rede zum Haushaltsplan für das kommende Jahr nach. „Wir stehen weniger vor einem Problem fehlender Daten und Unterlagen, als vor einem Problem mangelnder Entschlusskraft, weil es schmerzhaft Entscheidungen sind und wir es mit unserem Selbstverständnis kaum in Einklang bringen, solche zu treffen“, mahnte Kastrup. Er warb für ein Sparpaket, hinter dem auch der Finanzausschuss der Synode steht.

Es handle sich um eine „Paketlösung“, so Kastrup. Immobilien sollen veräußert oder abgegeben und Personalkosten reduziert werden, auch sollen Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld für kirchliche Mitarbeiter künftig wegfallen. Auf diese Weise will die Landeskirche Haushaltslöcher schließen, die vor allem durch ständig sinkende Kirchensteuereinnahmen entstanden sind. Im Jahr 2005 wird die Landeskirche rund 462 Millionen Euro Kirchensteuer einnehmen, das sind 22 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Vor allem die konjunkturelle Situation und die Steuerreform machten der Kirche zu schaffen, so Kastrup.

Das Adolf-Schlatter-Haus in Tübingen soll abgegeben werden, die Fortbildungsstätte Denkendorf und das Stuttgarter Haus Birkach sollen verkauft werden. Andere kirchliche Häuser wie das Stift Urach und das Karl-Heim-Haus in Tübingen erhalten Auflagen, bis 2009 kostendeckend zu arbeiten. Zu diesen Entscheidungen gibt es nach Ansicht des Finanzausschusses keine Alternative. „Wir haben darauf geachtet, dass durch die Einsparungen nur Gebäude aufgegeben, die betroffenen Einrichtungen jedoch erhalten bleiben“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Schneider. „Wir reduzieren den Immobilienbestand, um weiterhin die inhaltliche Arbeit finanzieren zu können“, so Schneider weiter.

Kirche sei in dem Umfang glaubwürdig, in dem ihr auch eigenes Handeln gelinge, so Kastrup. Wenn keine Sparbeschlüsse gefasst würden, werde die Kirche handlungs- und verhandlungsunfähig. Den Finanzbedarf auf andere Weise zu decken, etwa durch Erhöhung der Kirchensteuer oder durch noch kräftigere Griffe in die Rücklagen, kommt für den Finanzdezernenten nicht in Frage.

Astrid Günther

Weitere Informationen über die Landessynode finden Sie auf: www.elk-wue.de